

Positionspapier der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz Regional. Saisonal. Gut. – Mit politischer Verlässlichkeit fest entschlossen an der Seite unserer Bauern, Winzer und den Waldbauern



25. Januar 2024

Für die CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz gilt ohne Wenn und Aber: Wir stehen an der Seite unserer Landwirtschaft, Forstwirtschaft und des Gartenbaus. Die Landwirtschaft ist das Fundament unserer Versorgungs- und Ernährungssicherheit. Ohne Bauern kann es in Rheinland-Pfalz nicht funktionieren.

Die Land- und Forstwirtschaft erfüllt unverzichtbare gesellschaftlich anerkannte Aufgaben, beispielsweise in der Energieerzeugung, dem Anbau von nachwachsenden Rohstoffen, dem Vertragsnaturschutz und der Landschaftspflege. Unsere Bauern und Winzer sind fester Bestandteil im gesellschaftlichen Miteinander, wichtige Partner beim Brand- und Katastrophenschutz sowie bei der Brauchtumpflege.

Unsere heimische Landwirtschaft, mit ihrer besonderen kleinteiligen Struktur, ist seit vielen Jahren gebeutelt. Nicht nur die Folgen des Klimawandels, anhaltende Dürreperioden oder auch Starkregenereignisse belasten unsere Bauern und Winzer, sondern es sind vor allem die politische Unzuverlässigkeit und die fehlenden langfristigen Rahmenbedingungen, die unsere Bauern frustrieren.

Die Folgen daraus sind unübersehbar. Zahlen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, aber auch verschiedene Studien zeigen, dass psychische Erkrankungen, Ängste und Sorgen bei unseren Bauern verstärkt zunehmen. Investitionsquoten in der Landwirtschaft gehen massiv zurück.

Viele Bauern und Winzer im Land geben auf. Allein seit 1995 hat sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland auf ca. 256.000 Höfe halbiert. Die DZ-Bank erwartet einen weiteren radikalen Rückgang auf 100.000 Höfe bis 2040.

Die geplanten Sparvorschläge der Bundesregierung, die ursprünglich zu einer zusätzlichen Steuerlast von circa 1 Mrd. Euro jährlich führen sollten, bringen in der gesamten Branche das Fass zum Überlaufen. Die Streichung des Agrardiesels – wenn auch auf Raten – ist nichts anderes als ein Vertrauensbruch und schadet der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz langfristig und strukturell.

Für uns als CDU-Landtagsfraktion ist ein solches Vorgehen eine Frage der Haltung. Die Berliner Fehlentscheidungen zeigen, welchen geringen Stellenwert die Landwirtschaft für die Regierung in Berlin hat. Die Tatsache, dass selbst vier SPD-geführte Länder dem Bund dazu entgegentreten, spricht für sich. Umso enttäuschender ist die Tatsache, dass SPD-Ministerpräsidentin Dreyer sich bis heute nicht durchringen konnte, es ihren Kollegen gleich zu tun. Sondern im Gegenteil: Die Ministerpräsidentin spricht sich bis heute für die Regelungen der Bundesregierung aus. Deshalb hatte die CDU-Landtagsfraktion im Plenum per Antrag ein klares Bekenntnis der Landesregierung gefordert. Leider wurde dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, Grüne und FDP abgelehnt.

Wir sind davon überzeugt: In erster Linie ist nun die Politik gefragt, eine Trendwende einzuleiten. Unsere Landwirte benötigen politische Verlässlichkeit und klare Rahmenbedingungen, um die Transformation in der Landwirtschaft zu gestalten. Es stehen massive Investitionen bspw. im Stallbau, den landwirtschaftlichen Maschinen oder auch im Weinbau an. Investitionen, die häufig auf 30 bis 40 Jahre ausgelegt sind, Fremdkapital benötigen und somit nahezu eine existenzbetreffende Generationenentscheidung darstellen.

Doch es ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, unseren Landwirtinnen und Landwirten etwas zurückzugeben. Wir sind in der Pflicht, zusammen wieder den Stellenwert und die Unverzichtbarkeit der regionalen, heimatnahen und saisonalen Lebensmittelversorgung in das Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken¹. Denn es sind gerade unsere Bauern und Winzer, die anpacken, schaffen und das Land nach vornebringen – sie haben es verdient.

Unsere Forderungen für klare Rahmenbedingungen:

1. Wir fordern die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Agrarbereich. Dies bedeutet auch die Rücknahme der stufenweisen Streichung des Agrardiesels.
2. Wir fordern den Bund auf, die Streichungen innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz („GAK“) zurückzunehmen und zu der im Grundgesetz vorgesehenen Zuständigkeitsverteilung zurückzukehren.
3. Wir fordern den Bund auf, sich bei der EU für die Rücknahme der 4 %- Flächenstilllegung einzusetzen, um einen Beitrag für die weltweite Ernährungssicherung zu leisten.
4. Wir fordern Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir dazu auf, die Verlängerung der Europäischen Kommission zur Nutzung des Herbizids Glyphosat auch bundesrechtlich endlich zu erlauben.
5. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, den Expertenmeinungen zum Wassercent Rechnung zu tragen und das bürokratische Verfahren aufzuheben.

¹ Laut der Seite Statista haben die Deutschen im Jahr 2022 etwas mehr als 10 Prozent ihrer Konsumausgaben für den Kauf von Lebensmitteln aufgewendet. Im Jahr 1950 lag dieser Wert noch bei über 40 Prozent.

6. Wir fordern den Bund auf, die Aspekte der Einkommenswirksamkeit und der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe wieder mehr in den Fokus der Entscheidungen zu nehmen.
7. Wir fordern für eine starke und in die Zukunft gerichtete Landwirtschaft Planungssicherheit (z.B. Umsetzung der Borchert-Empfehlungen oder der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)).
8. Wir fordern zum Schutz der Landwirtinnen und Landwirte den Bund auf, die überbordende Bürokratie zu reduzieren bzw. sich bei der EU hierfür einzusetzen. Ein Beispiel dafür sind die sehr komplexen Anforderungen (Konditionen) als Voraussetzung zum Erhalt von Fördermitteln in den Bereichen Erosionsschutz, Mindestbodenbedeckung und Fruchtwechsel.
9. Wir fordern den Bund auf, sich für EU-weit einheitliche Tierwohlstandards einzusetzen, nationale Alleingänge zurückzunehmen und gegen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der kleinstrukturierten Familienbetriebe vorzugehen.
10. Wir fordern eine transparente Herkunftskennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte auch für weiterverarbeitete Lebensmittel, um die heimischen Produkte für den Verbraucher besser kenntlich zu machen.
11. Wir fordern die Schaffung weiterer Anreize für Freiwilligkeit, um den bereits geleisteten Beitrag zum Erhalt der Biodiversität weiter zu unterstützen.
12. Wir fordern die Förderung moderner Technologien, insbesondere Digitalisierung, auch für kleine bäuerliche landwirtschaftliche Betriebe.

Die Landwirtschaft steht mitten in der Gesellschaft. Es ist unsere **gemeinsame** Aufgabe, die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz zu erhalten und zu stärken. Deshalb appelliert die CDU-Fraktion an die Bürgerinnen und Bürger, regional vor Ort zu kaufen – getreu dem Motto: regional, saisonal, gut. Kaufen Sie beim Landwirt vor Ort, kaufen Sie beim Bäcker vor Ort, kaufen Sie beim Metzger vor Ort. So stärken Sie unsere Region, so stärken Sie unsere Heimat.